

„Geld ist genug da.“

Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Je zugespitzter die soziale Krise, je größer die Zahl der Ausgegrenzten und Verarmten und je phantastischer andererseits privater Reichtum und Gewinnexplosion einiger Unternehmen, desto lauter ertönt der Ruf nach Umverteilung des Geldes. Dies ist mehr als verständlich und wir, die wir uns selber in sozialen Bewegungen engagieren, stellen und unterstützen solche Forderungen ebenfalls. Denn außer Frage steht, dem neoliberalen Sozialkahlschlag jeden nur erdenklichen Widerstand zu bieten. Doch wir sind uns zugleich bewusst, dass die Probleme, vor denen wir stehen, mit einer monetären Umverteilung nicht auf Dauer gelöst werden können. Damit könnte zwar hie und da das Schlimmste abgemildert werden. Aber durch Umverteilung des Geldes wird kein gutes Leben für Alle und auf Dauer möglich. Es kommt vielmehr darauf an, sinnvolle Forderungen im Rahmen der Geldwirtschaft als Zwischenschritt zu einem Ausstieg aus dem Geldsystem zu formulieren.

Uns geht es nicht um eine oberflächliche „Geld-Kritik“, die im Geld „die Wurzel allen Übels“ erblickt. Uns interessieren im Gegenteil „die Wurzeln des Geldes“, also jene grundlegenden Zusammenhänge, die Geld als ungefähr so zwangsläufig wie die Luft zum Atmen erscheinen lassen. Wir wollen auch das Geld nicht einfach „abschaffen“. Das haben schon manche versucht und sind damit gescheitert. Denn wer nur das Geld angreift, greift zu kurz.

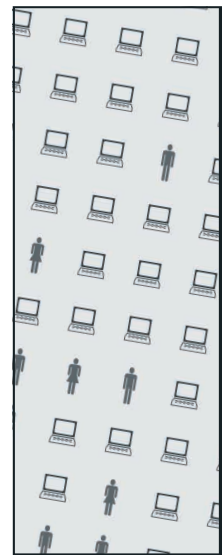
Geld ist Auswirkung eines grundlegenden Konstruktionsfehlers „unserer Wirtschaft“. Und es funktioniert ganz in diesem Sinne: Es dient nicht wirklich der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und kann schlagartig „nichts mehr wert“ sein.

Die Wirtschaft, die Geld benötigt und hervorbringt,



ist in eine gänzlich neue Art von Krise geschlittert, gegen die sie sich zwar mit immer heftigeren und brutaleren Methoden aufbäumt, der sie jedoch nicht mehr entrinnen kann. Das ist leider auch das Problem von uns allen. Denn wir sind über die Kette *Arbeiten - gehen - müssen - um - Geld - zu - verdienen - weil - wir - sonst - nicht - leben - können* auf Gedeih und Verderb an diese Wirtschaft gefesselt. Es sei denn, wir finden einen Weg, uns eben dieser Wirtschaft zu entledigen.

„Unsere Wirtschaft“ ist ein Kartenhaus



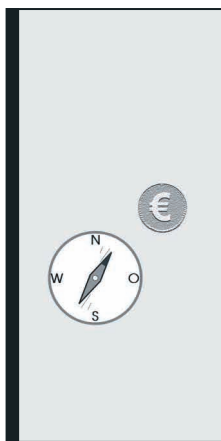
Die industrielle Revolution der Mikroelektronik macht mehr Arbeitskraft überflüssig als sie benötigt. Zudem sind die dafür nötigen hohen Investitionssummen von immer weniger Staaten und Unternehmen finanzierbar. Damit zerbricht das „Wirtschaftswunder“ von Wachstum und Vollbeschäftigung endgültig. Weitere absehbare technologische Entwicklungen, Stichworte *Bionik* und *Nanotechnologie*, werden diesen Prozess in den nächsten Jahren noch mehr beschleunigen.

Anders als in der Nachkriegszeit bis zur Mitte der 1970er Jahre, als neue Produktionsmethoden und Produktivitätssteigerungen gleichzeitig steigende Gewinne, wachsenden Massenkonsum, Arbeitszeitverkürzung plus Lohnerhöhungen und sogar so etwas wie einen „sozialen Staat“ möglich machten, geht heute in dieser Hinsicht nichts mehr (Grafiken 1a bis 1c). Die dritte industrielle Revolution hat mit der Mikroelektronik begonnen und wartet mit immer „effektiveren“ Technologien auf. Gegen ihre Folgen helfen auch keine „geburtenschwachen Jahrgänge“, auf die manche noch ihre Zukunftshoffnungen setzen, und die übrigens der ohnehin stagnierenden Konsumnachfrage weiter zusetzen würden. Denn sie führt nicht nur dazu, dass immer mehr Arbeitskräfte überflüssig werden. Sie erhöht vor allem auch die Vorkosten rentabler Produktion enorm (Grafik 2). Eine Fabrik der 1960er Jahre war relativ leicht und billig aus dem Boden zu stampfen: Man brauchte dazu in erster Linie

Rohstoffe, vergleichsweise einfache Maschinen und eine Menge ungelerner Arbeitskräfte. Ein modernes, schlankes, schnelles und global vernetztes High-Tech-Unternehmen hingegen benötigt einen „guten Standort“ mit moderner Infrastruktur und sehr viel Kredit, um die hohen Vorkosten bezahlen zu können. Wer einmal rausfliegt, kommt nicht mehr ins Rennen. So fallen immer mehr Weltregionen, Unternehmen und Menschen als „unrentabel“ aus dem Weltmarkt.

Die Mikroelektronik ermöglicht neben einer bisher ungekannten Globalisierung der Warenproduktion auch eine Globalisierung der Finanzmärkte. Staaten oder Staatenbünde wie die EU können nur auf ihrem Territorium Wirtschaftspolitik machen und Steuern eintreiben, Unternehmen hingegen sind im Prinzip auf der ganzen Welt mobil. Damit geraten die Staaten in gegenseitige Konkurrenz darum, wer Unternehmen den besten „Standort“ bietet. Die hohe Arbeitslosigkeit wiederum schwächt die Gewerkschaften, die nun versuchen, Arbeitskraft um beinahe jeden Preis zu verkaufen. Diese allgemeine Konkurrenzsituation, die an die Erschöpfung des alten Wachstumsmodells der 1960er Jahre anschließt, führt zu Lohnkürzungen, Steuergeschenken an Konzerne und Absenkung von Umwelt- und Sozialstandards.

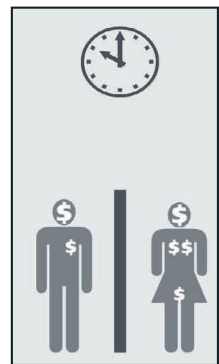
Der Staat hat zwar nichts an seiner Bedeutung für die (zunehmend repressive) Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Prozesses eingebüßt, aber seinen politischen Gestaltungsspielraum verliert er dennoch zusehends und dauerhaft. Der Traum von einer „Rückkehr zum Primat der Politik“ – das tatsächlich nie bestand – als vermeintlichem Ausweg aus der Krise ist auf Sand gebaut.



Es geht nicht nur darum, dass eine „nationale Abschottung“ nicht nur völlig rückwärtsgewandt, sondern auch gar nicht mehr realisierbar wäre. Alle Politik hängt immer am Tropf der „Finanzierung“. Deswegen kann auch keine Politik der Welt die „ökonomischen Notwendigkeiten“ von Markt und Kapital aushebeln, egal, ob sie sich „neoliberal“ oder „keynesianisch“, „angebots“- oder „nachfrageorientiert“ gibt. Denn wie sähe eine Abkehr vom gegenwärtig dominierenden Neoliberalismus aus? Es wäre nur ein *scheinbarer* Ausweg (der in den USA übrigens bereits beschritten wird) und der letztlich alles nur noch schlimmer macht:

Durch ständiges Schuldenmachen auf den globalisierten Finanzmärkten wird die Warenproduktion am Laufen gehalten. Kredite türmen sich auf Kredite, es wird auf Kosten einer fiktiven Zukunft gelebt, die so nie mehr eintreten wird. „Unsere Wirtschaft“ ist schon längst ein Kartenhaus. Die Staatsverschuldung steigt und dies trotz aller verzweifelten Gegenwehr (Grafik 3), Aktienkurse blähen sich auf, Unternehmen rechnen sich auf ihren Konten durch bloße Finanzspekulation reich. Aktienboom und Kreditexzesse sind Fassade.

„Arbeit“ und Geld – Menschen werden zu Waren



Die Lebenszeit, die wir zur Erlangung von Geld verausgaben müssen, nennen wir Arbeit. Kreativität, Gefühle, Anstrengung und Schmerzen verwandeln sich in *eine einzige Zahl*, die auf den Waren klebt. Auch auf den menschlichen Waren. Je kleiner die Zahl auf dem Preisschild, desto geringer ihr Gewicht am Markt.

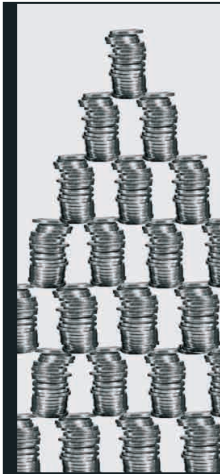
Alles wird zur Ware, sogar die Menschen. Wir sind zu Handlungen gezwungen, die ohne das Diktat des Wertes ganz unsinnig wären. Dazu gehört die „Arbeit“. Damit ist nicht etwa nötige, sinn- und lustvolle Tätigkeit gemeint, sondern eben jenes *Arbeiten - gehen - müssen - um - Geld - zu - verdienen - weil - wir - sonst - nicht - leben - können*. Für das Funktionieren „unserer Wirtschaft“ ist es prinzipiell egal, ob wir dabei Schokolade oder Atombomben produzieren, Baupläne zeichnen oder die Umwelt zumüllen. Es interessieren allein ihre Verwertungsmöglichkeiten. Und die werden heute tendenziell immer schlechter.

Da die Produktion des Werts immer von „Arbeit“ abhängt, kann Geld nicht beliebig produziert und verteilt werden. Was nicht heißt, dass dies nicht immer wieder versucht wurde und wird. Doch dieser vermeintliche Ausweg rächt sich früher oder später unerbittlich im Geldwertverfall. Denn vor dem Gericht des Werts gilt letztlich nur *der* Geldgewinn, der auch tatsächlich verausgabter Arbeitskraft entspricht. Deshalb gehen unrentable Unternehmen in Konkurs, auch wenn sie sich eine Zeitlang durch Kredite und Bilanztricks über Wasser halten können; deshalb kommen Wirtschaften in die Krise, die sich jahre- und jahrzehntelang durch Staatsverschuldung über die Runden retten konnten; deshalb platzen aufgeblähte Aktienblasen, die noch vor kurzem als ewig sprudelnde Geldquellen gegolten hatten.



Das Geld gehört zum Kartenhaus dazu

Oberflächlich betrachtet ist Geld ein „neutrales Medium“, das man für „gute“ oder für „schlechte“ Zwecke einsetzen kann. Aber dem ist nicht wirklich so. Denn Geld folgt den Gesetzen „unserer Wirtschaft“. So zieht z.B. jede Forderung nach mehr Geld zwangsläufig vielfältige ökonomische Folgen nach sich, die „hinten wieder einreißen, was vorne aufgebaut wurde“. Und sie baut auf *zerstörerisches Wirtschaftswachstum*.



Aus Täuschung über Solidität und Zukunftsfähigkeit der „monetären Steuerung“ tauchen eine Reihe illusionärer Forderungen auf: Es soll eine Umsatzsteuer auf Devisen (Tobinsteuer) eingeführt und Gewinne sollen wieder stärker besteuert werden. Oasen für Steuerverweigerer sollen ausgetrocknet werden. Durch Umverteilung der Gewinne an Beschäftigte und Staat soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, damit wieder mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

- Bei allem Verständnis dafür, dass man, solange man sich auf dem Boden der immanenten Logik „unserer Wirtschaft“ bewegt, fast zwangsläufig derartige Forderungen stellen muss: Unabhängig von ihren sehr geringen Erfolgsaussichten (mehr dazu unten), sollten wir uns zunächst einmal darüber im Klaren sein, dass sie alle ein Wirtschaftswachstum benötigen, das von der Ausbeutung der „Dritten Welt“, der Zerstörung der Natur und der Unterdrückung der Frauen abhängt. Sie bewegen sich auf einem Boden, der verbrannte Erde ist, auf dem keine Gärten, sondern Not und Verzweiflung wachsen.

Außerdem sollte man auch die unmittelbar ökonomischen Rahmenbedingungen für solche Forderungen nicht übersehen, damit man nicht der Täuschung unterliegt, man könne damit die Situation wirklich und dauerhaft zum Besseren wenden. Denn sie führen in der Realität zu widersprüchlichen oder unerwünschten Folgen. Die Tobinsteuer etwa bringt keine der erhofften Einnahmen, wenn sie ihr Ziel, den Devisenumsatz zu verringern, erreicht. Sollte sie ihr Ziel verfehlen und in Folge Einnahmen bringen, würden diese sicherlich nicht wie gefordert für arme Länder gespendet, sondern für die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandorts ausgegeben. Bringt die Tobinsteuer tatsächlich die Finanzspekulation in Schwierigkeiten,

so verschärft sie die Wirtschaftsprobleme, die sie gerade mildern soll. *Denn Produktion und Spekulation sind heute – entgegen weit verbreiteter Meinung – weniger denn je ein Gegensatz.* Schon früher wurden Waren nur wegen der Spekulation auf Geldgewinn produziert. Spekulation ist nicht etwa Folge von Raffgier, sie ist vielmehr prinzipiell in „unserer Wirtschaft“ angelegt. In Form der Finanzspekulation ist sie heute selbst zu einer Voraussetzung der Warenproduktion geworden. *Ohne die aufgeblähten Finanzmärkte und die dazugehörige Finanzspekulation wäre heute noch weit weniger an Produktion finanzierbar.* Deshalb leidet „unsere Wirtschaft“ nach dem teilweisen Platzen der New-Economy-Blase unter Wachstumseinbußen, und verwandelten sich die „aufstrebenden Märkte“ Osteuropas, Südamerikas und Südostasiens nach ihren Finanzkrisen in „niedergehende Märkte“, deshalb ist die Weltwirtschaft von der scheinbar grenzenlosen US-Verschuldung abhängig und kann es sich kein Staat der Welt auf Dauer leisten, auch nur das Wachstum der Schulden einzuschränken.

Streifzüge

unsachlich

wertlos

jenseits

Erscheint 3 x jährlich

PROBEHEFT GRATIS!

Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien

E-Mail: streifzuege@chello.at

<http://www.streifzuege.org>



Die Austrocknung der Steueroasen wiederum scheidet an der weltweiten Standortkonkurrenz. Wird eine Steuerinsel geschlossen, so legt das Geldkapital eben an einer anderen an. Eine dauerhafte Erhöhung der Gewinnsteuern ist ebenfalls nicht machbar. Heute sind die Investitionssummen bereits für kleinere Produktionsvorhaben enorm, bringen aber trotzdem kaum noch Arbeitsplätze. Eine Erhöhung von Gewinnsteuern würde also bestenfalls vorübergehend etwas mehr Geld in die öffentlichen Kassen bringen, langfristig jedoch Investitionen verhindern. Es ist zu kurz gegriffen, dies als „neoliberale Ideologie“ abzutun, die ja selbst nur die Reaktion auf eine tiefe Krise Ende der 1960er und Anfang der 1970er darstellt, als die Profite in der Warenproduktion schrumpften, viele Menschen gegen Fabrik und Staat rebellierten, Rohstoffpreise anstiegen und die internationale „Befriedigungsmacht“ der USA aus ökonomischen Gründen ins Wanken geriet. Es handelt sich also vielmehr um ein höchst reales Problem, mit dem „unsere Wirtschaft“ immer weniger umgehen kann. Die Umlegung von Managergehältern zur Schaffung von Arbeitsplätzen wäre nur ein lächerliches Tröpfchen auf den heißen Stein. Staatssubventionen werden heute zwangsläufig großteils nicht in Arbeitsplätze, sondern in Wegrationalisierung derselben investiert. Die Binnennachfrage hat in der globalisierten Wirtschaft nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher,

eine Ankurbelung des Massenkonsums hätte folglich äußerst beschränkte Wirkung. Viele Märkte der Weltmarktzentren, wo schon heute auf zwei Menschen ein Auto und vier Handys kommen, sind weitgehend gesättigt. Warum sonst fliegt der deutsche Kanzler am laufenden Band mit einem Airbus voll Wirtschaftsleuten nach China?

Ware, Wert und Geld - ein Fetisch regiert unser Leben



Dass die Wirtschaft, die Geld hervorbringt und benötigt, nicht mehr aus der Krise findet, hat seine Ursachen. Geld ist Ausdruck des unsinnlich-abstrakten *Werts*, des eigentlichen Bindemittels „unserer Wirtschaft“. Deren einziger Zweck ist es, alles dafür zu tun, dass sich jener immer wieder selbst verwertet, also vermehrt. Alles, was dem im Wege steht, sei es Mensch oder Natur, kommt dieser Wirtschaft früher oder später unter die Räder.

„Geld ist doch nicht schlecht“, hört man oft. „Solange ich genug davon habe“, wird manchmal noch eingeschränkt. Das aber ist der springende Punkt. Geld hat eben nicht jede und nicht im gleichen Ausmaß. *Hätten alle genug Geld, würde es keines geben.* Geld heißt Ausschluss.

Die auf Wert und Geld beruhende Wirtschaft bedeutet: Entweder es gibt genug zu kaufen, doch viele Menschen haben nicht genug Geld, um das auch zu tun. Oder es gibt zwar genug Wissen, Rohstoffe und Maschinen zur Befriedigung aller Bedürfnisse, doch es wird trotzdem nicht ausreichend produziert, weil nicht genug Profit abfällt. Das kann soweit gehen, dass Menschen neben intakten Produktionsanlagen und fruchtbaren Äckern verhungern.

Der Grund für diese *menschenfeindliche Form* „unserer Wirtschaft“ liegt darin, dass Produktion und Verteilung von Gütern nicht gesellschaftlich abgesprochen werden, so wie das bei der heutigen globalen Vernetzung des Lebens möglich wäre. Stattdessen „regelt“ der Wert diese Fragen. Isolierte Menschen „atome“ treten durch Warentausch und Geld in eine unkoordinierte, zerbrechliche und letztlich gewalttätige Form von „Beziehung“. Geld symbolisiert dabei den abstrakten ökonomischen Wert, den die einzelnen Waren darstellen. Wertzuwachs, Wertverlust, Wertberichtigung, Wertpapiere, Wertschöpfung und Wertanlage – schon

k r i s i s

Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft

Erscheint 1-2 mal jährlich,
Umfang ca. 160 Seiten.

Abo und Einzelhefte:
Redaktion Krisis,
Postfach 2111, 91011 Erlangen,
Tel.: +49 (0911) 705628
Fax: +49 (0911) 789542
Email: krisisweb@gmx.de

Erhältlich auch im Buchhandel.

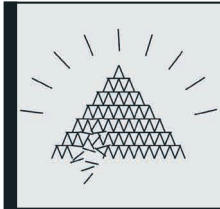
www.krisis.org

UNRAST

die Umgangssprache zeigt, *dass es beim Geld im Kern um den Wert geht*. Dieser Wert ist nichts handgreiflich Erfahrbares. Gute Luft, menschliche Freude, volle Mägen und schöne Häuser gelten ihm prinzipiell gar nichts. Für ihn zählt allein, ob und wie er sich verwenden kann.

Schluss mit dem Leben im Kartenhaus

Es ist kein Zufall, dass sich Politiker und Parteien immer ähnlicher werden. Eine „andere Politik“ ist im Wesentlichen nicht mehr möglich. Was wir brauchen, ist eine *andere Art des Wirtschaftens*.



Leichter gesagt als getan. Auch bekennen wir, dass wir keine fertigen Lösungen haben. Klar ist aber, dass Geldforderungen keine Perspektive mehr eröffnen, sofern sie nicht von der Suche nach Wegen aus der Falle des *abstrakten Geldreichtums* getragen werden.

Finanzierbarkeit ist kein Kriterium für uns. Unsere Sprache ist eine andere als die der Rentabilität. Hoffnungen in die Geldwirtschaft liegen uns fern. Gerade deshalb kennen unsere Geldforderungen kein Tabu. Der Standort mag untergehen und das Wachstum soll versiegen. Bis dahin verlangen wir Geld, das uns vorerst noch ein Überleben in der Geldwirtschaft ermöglicht. Eine soziale Emanzipationsbewegung muss sich mittelfristig jedoch um den konkreten Reichtum kümmern, dessen Voraussetzungen in Fülle vorhanden sind. Um schöne Häuser und gesunde Lebensmittel, umfassende Entfaltungsmöglichkeiten für jedeN und ein gutes Leben für Alle. Testen wir aus, wie wir uns dies alles direkt aneignen können. Stehen wir auf gegen die Zumutungen einer Wirtschaft, die – bei Licht besehen – alles andere als die „unsere“ ist.

von Lothar Galow-Bergemann & Andreas Exner

Links und Literatur zum Weiterlesen:

www.streifzuege.org
www.krisis.org
www.social-innovation.org
www.geldlos.at
www.umsonstladen.de

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd.42, Dietz-Verlag Berlin
 Gruppe Krisis: „Manifest gegen die Arbeit“, erhältlich über www.krisis.org
 Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Maria Wölflingseder, Karlheinz Lewed (Hg.): „Dead Men Working – Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs“ ISBN 3-89771-427-2

Grafiken zum Text auf der nächsten Seite. ▶▶▶

Die Verbreitung dieses Textes ist ausdrücklich erwünscht. Er ist auch im Internet als pdf-Datei herunterzuladen:

www.streifzuege.org

Hat Ihnen der Text gefallen? Reizt er zum Widerspruch? Sagen Sie uns die Meinung:

GutesLeben@streifzuege.org

IMPRESSUM:

Die Argumentationsblätter erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

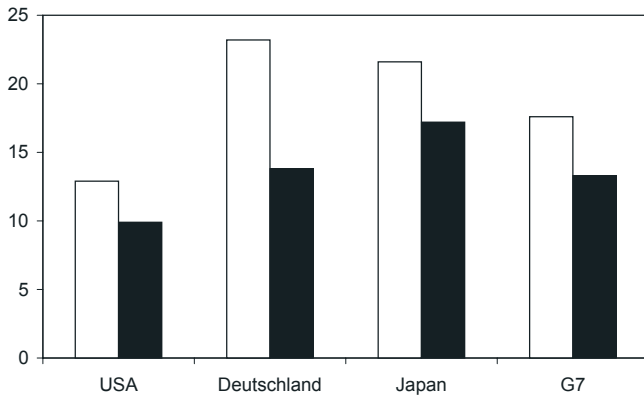
HERAUSGEBER & AUTOREN DIESER AUSGABE:
 Andreas Exner, Lothar Galow-Bergemann.

LAYOUT & GRAFIK: Gregor Rosei

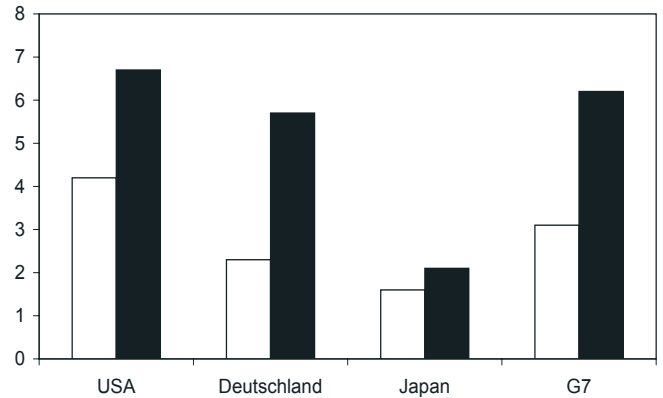
Streifzüge web

www.streifzuege.org



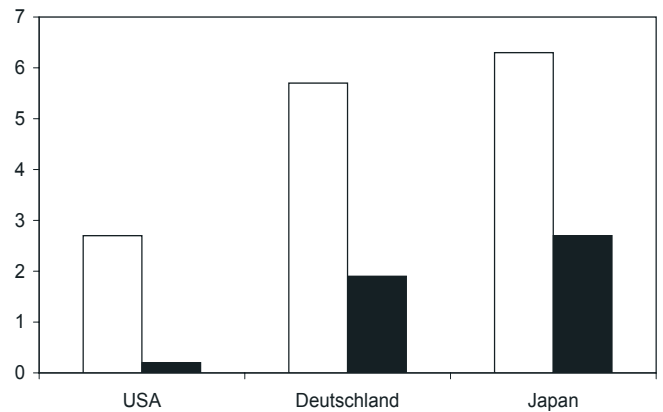


Grafik 1a: Entwicklung der Nettoprofitraten der Privatwirtschaft im Vergleich zwischen dem „Wirtschaftswunder“ (1950-1970, weiße Balken) und seiner Krise (1970-1993, schwarze Balken).
Aus: Robert Brenner: „Boom & Bubble“, 2003.

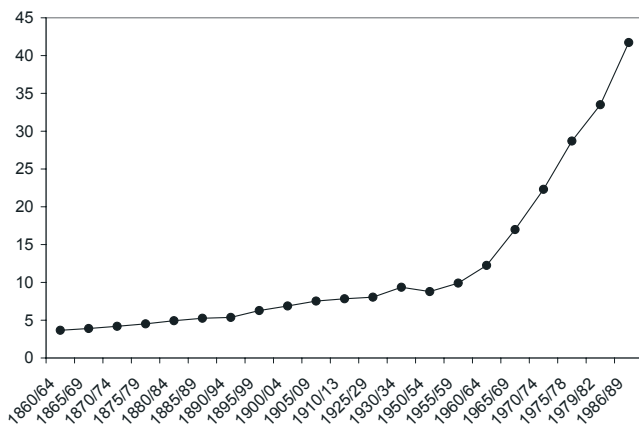


Grafik 1c: Entwicklung der Arbeitslosenquoten. Datenquelle und Zeiträume siehe Grafik 1a

Grafik 1b: Entwicklung der Reallöhne (Jahresraten der Veränderung).
Datenquelle und Zeiträume siehe Grafik 1a.



Grafik 2: Entwicklung der Kapitalintensität in Deutschland.
Kapitalintensität: 1000 Mark/Beschäftigtem, zu konstanten Preisen von 1913.
Daten für 1935–1938 fehlen.
Aus: Wilhelm Heinrichmeyer, Oskar Gans, Ingo Evers: „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, 1993.



Grafik 3: Entwicklung der Staatsschulden Deutschlands.
In Prozent des Bruttosozialprodukts.
Aus: Norbert Reuter: „Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität“, 1998.

